

Ausgabe 8/2011

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Glück auf!

Wer regiert die Welt?

Im Würgegriff der Ratingagenturen: BürgerInnen und Gewerkschaften wehren sich gegen Sparpolitik

PRO-GE

Inhalt:

SCHULDENKRISE – EUROPA IM UMBRUCH

In der Krise wurden Milliarden an Steuer-geld in die Finanzmärkte gepumpt. Nun soll das Geld bei der Bevölkerung eingespart werden, um Ratingagenturen und Finanzmärkte zu besänftigen. Unter den Sparpaketen und Sozialkürzungen leiden einmal mehr die Ärmsten der Bevölkerung, während große Vermögen unangetastet bleiben. Welche Dramen sich dadurch in den einzelnen Staaten abspielen recherchierte die „Glück auf!“.

Seiten 4 bis 7

DER LETZTE TSCHIK AUS ÖSTERREICH

Hainburg war schon immer eine Tabakstadt. Doch dieses Kapitel wird mit Jahresende Geschichte sein, wenn auch die letzte Zigarettenproduktion in Österreich zusperrt.

Seiten 10 und 11

AKTIV FÜR BESCHÄFTIGTE: SPENDENAKTION

Nach dem tragischen Tod seiner Frau ist Johann B. alleinerziehender Vater seines 18 Monate alten Kindes. Um ihm diese Aufgabe zu erleichtern, initiierten seine KollegInnen eine ungewöhnliche Spendenaktion.

Seite 13

WERKSTÄTTE UNTER FREIEM HIMMEL

Die Betriebsreportage führt uns diesmal nach Niederösterreich, auf die rund 3.100 Hektar des Gutsbetriebes der Stiftung Fürst Liechtenstein. Das Klima hier ist ideal für den Anbau von Getreide oder Nutzpflanzen.

Seiten 14 und 15

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel. (01) 662 32 96-0, Fax (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chefin vom Dienst: Barbara Trautendorfer. Redaktion (glueck-auf@proge.at): Karin Prokop, Robert Wittek, Wolfgang Purer, Irene Steindl. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Europäisches Parlament, SVC, Nikolaus Menger, Südwind, Fairtrade, tecnobike Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 19. Jänner 2012.

FRAUENPENSIONALTER

Die Schuldenbremse dominiert zurzeit Österreichs Schlagzeilen und jeden Tag scheinen neue Sparmöglichkeiten gefunden. Nun wird auch debattiert, das Frauenpensionsalter früher als geplant anzuheben.

Seite 18

Filmtipp des Monats

GEFÄHRLICHES MONOPOLY-SPIEL

Allen, die wissen wollen, was Investmentbanker an der Wall Street so machen und warum das Finanzsystem strengere Regeln braucht, sei der Film „Der große Crash“ (Kinostart: 8. Dezember) ans Herz gelegt. 38 Stunden vor dem Ausbruch der Finanzkrise überschlagen sich die Ereignisse in einer New Yorker Bank. Tausende hochriskante und bereits weitgehend wertlose Papiere befinden sich im Besitz der Investmentbank. Also was tun? Zocken bis zum bitteren Ende heißt die Devise. Faule Wertpapiere verkaufen, je mehr umso besser und umso höher fallen die Millionen-Boni der Händler aus. „Es gibt drei Wege, um in diesem Geschäft erfolgreich zu sein. Schneller sein, schlauer sein oder betrügen“, analysiert der Bank-Boss das System. Der Ausgang ist bekannt.

KURZ NOTIERT

Die PRO-GE feierte 2. Geburtstag

Seit 26. November 2009 gibt es die PRO-GE. Vor zwei Jahren schlossen sich die Gewerkschaften Metall-Textil-Nahrung und die Gewerkschaft der Chemiarbeiter zur Produktionsgewerkschaft zusammen. Die PRO-GE ist die größte ArbeiterInnen-gewerkschaft innerhalb des ÖGB.



Foto: Europäisches Parlament

Arbeitslosigkeit in der EU

Die österreichischen Bundesländer Tirol, Salzburg, Niederösterreich und Oberösterreich verzeichneten im Jahr 2010 eine der geringsten regionalen Erwerbslosenquoten in der EU. Die niedrigsten Arbeitslosenraten gibt es in den Regionen Zeeland in den Niederlanden und Bozen in Italien (je 2,7 Prozent) sowie in Tirol (2,8 Prozent) und Salzburg (2,9 Prozent).

Plus an Steuereinnahmen

Das Finanzministerium nahm heuer im Zeitraum Jänner bis September bereits um 3,5 Mrd. Euro mehr aus Steuern und Abgaben ein, als in den ersten drei Quartalen 2010. Dabei machen die Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer allein eine Milliarde Euro aus. Von der Mehrwertsteuer kommen 600 Millionen Euro.

Streit um ELGA

Der Streit um die geplante Elektronische Gesundheitsakte (ELGA) scheint die Bevölkerung unbeeindruckt zu lassen. Laut einer Umfrage sprechen sich knapp 81 Prozent für E-Health aus. Nur 29 Prozent haben Angst davor, „gläserne PatientInnen“ zu werden. Gar nicht gut kommt die Gegenkampagne der Ärztekammer an. Die Nackt-Inserate der Standesvertreter gegen ELGA lehnen fast 70 Prozent ab. Als Motiv für den Protest orten fast 55 Prozent den Wunsch der Ärzte/Ärztinnen, das eigene Tun vor Transparenz und Kontrolle schützen zu wollen und nicht die Sorge um die Sicherheit der PatientInnen-daten.



Mobile App für Spritpreisrechner

Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist der Spritpreisrechner nun seit zwei Monaten online. Pro Tag wird er von rund 40.000 AutofahrerInnen genutzt. Seit kurzem gibt es auch ein App für Smartphones, das die Suche nach der günstigsten Tankstelle in der Nähe auch von unterwegs möglich macht.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

KEIN UNSOZIALES KAPUTTSPAREN

Das Budget muss in Ordnung gebracht werden. Noch ist der Sparweg nicht fixiert, trotzdem machen manche keinen Hehl daraus, wer für Budgetsanierung erhalten muss: Es sollen wieder einmal die Arbeiterinnen und Arbeiter durch Sozialkürzungen und Massensteuern geschöpft werden. Ungeschoren bleiben Spekulanten, Banken oder Superreiche, die von den Rettungspaketen profitiert haben. Eine solche Politik ist nicht gerecht. Daher werden wir GewerkschafterInnen zum Beispiel ganz genau beobachten, wie die Regierung mit den Invaliditätspensionen umgeht, und wir werden uns gegen eine mögliche schnellere Anhebung des gesetzlichen Frauen-Pensionsantrittsalters wehren. Die PRO-GE hat zudem bereits am 16. November beschlossen, die Einführung einer Schuldenbremse entschieden abzulehnen, wenn nicht auch eine Vermögenssteuer eingeführt wird.

Auf den Punkt gebracht: Die Neoliberalen sehen wieder eine Chance, den Sozialstaat zurückzudrängen, anstatt das Verursacher-System mit seinen außer Rand und Band geratenen Finanzmärkten endlich in den Griff zu bekommen. Ich darf erinnern: Die maßlose Gier der Banker und Spekulanten hat 2008 die Welt in die Krise gestürzt. Die ArbeitnehmerInnen haben dafür und für die notwendigen Rettungspakete bezahlt. Nun sind es wieder die Finanzmärkte, die eine weitere Krise heraufbeschwören. Diesmal setzen private Ratingagenturen Staaten so unter Druck, dass scheinbar kein Handlungsspielraum mehr bleibt.

Die Gefahr des Kaputtsparens ist groß. Aber die Budgetsanierung wird nicht ohne Wirtschaftswachstum und gute Beschäftigungszahlen gelingen. Statt einer Kürzungspolitik zulasten der ArbeitnehmerInnen brauchen wir Bildungsoffensiven, steuerliche Entlastung der Arbeitseinkommen und Investitionen, um die Konjunktur zu beleben. Daher ist es unumgänglich, Steuern auf hohe Vermögen endlich anzuheben.

Wenn Geld für Bildung, Gesundheit und Pensionen auch in Zukunft da sein soll, brauchen wir strenge Regeln für Finanzmärkte und Ratingagenturen sowie eine Finanztransaktionssteuer. Wir brauchen eine Besteuerung der Privatvermögen über 700.000 Euro. Wir fordern eine Entlastung der Einkommen der arbeitenden Menschen. Dafür wird die PRO-GE kämpfen.

Ich wünsche allen Mitgliedern schöne Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2012!

Glück auf!
Euer Rainer Wimmer

Gewerkschaften International

Europa in der Schuldenkrise

Die Schuldenkrise hat die Euro-Staaten fest im Griff, es hagelt Sparpakete und Sozialkürzungspläne. Zum Großteil treffen die Belastungen die BürgerInnen, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Oft sind es nur die Gewerkschaften, die sich gegen ein Kaputtsparen zulasten der ArbeitnehmerInnen stemmen. Ein kurzer Überblick.

Was in vielen

Ländern gerade vor sich geht gleicht einem Kahlschlag: Gehalts- und Pensionskürzungen, Stellenabbau, Beschneidung der ArbeitnehmerInnen-Rechte, Kürzung der öffentlichen Investitionen, Privatisierungen, Steuererhöhungen. Die Auswirkungen des Sparwahns vieler Regierungen bekommen vor allem die ArbeitnehmerInnen zu spüren, große Vermögen und Unternehmen bleiben meist unangetastet. Die Pläne, die Macht der Wirtschaft auf Kosten der BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen auszubauen, sind nicht neu. Unter dem Vorwand der Krise und des „Sparen-müssens“ werden solch neoliberale Wunschvorstellungen aber populär. In Griechenland und Ungarn ist es mittlerweile so weit, dass immer mehr Menschen auf Lebensmittel-spenden und kosten-

lose medizinische Versorgung durch Hilfsorganisationen angewiesen sind.

Ungarn. Internationale Kritik ernteten nicht nur das neue Medienrecht und die massiven Einsparungen des rechtskonservativen Premiers Viktor Orbán, das die Pressefreiheit massiv einschränkt. Auch das neue Arbeitsrecht wird von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) scharf kritisiert. Wie die Tageszeitung „Pester Lloyd“ berichtet, werden ein entrechtendes Arbeitsrecht, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gulag-Stil sowie die systematische Entmachtung der Gewerkschaften zu gefährlichen gesellschaftlichen Spannungen führen.

Nur einige

Auswirkungen des neuen Arbeitsrechts: weniger Urlaub, Verlust von Schichtzulagen, keine zwingende Auszahlung von Überstundenzuschlägen, mehr arbeiten für weniger Geld, Entfall des Kündigungsschutzes für Mütter im Erziehungsurlaub und ältere ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaften dürfen Beschäftigte nicht mehr vor Gericht oder einer Behörde vertreten usw. Als einzige Chance sich zu wehren sehen ExpertInnen, wenn die vielen Einzelgewerkschaften geschlossen agieren.



Slowakei. Obwohl die slowakische Wirtschaft 2011 um 3,3 Prozent wächst, trat mit 1. September ein neues Arbeitsgesetz in Kraft, das erhebliche Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften mit sich bringt. Damit sind etwa gewerkschaftliche Aktivitäten in einem Betrieb nur noch gestattet, wenn dem Dienstgeber auf Verlangen nachgewiesen wird, dass mindestens 30 Prozent der Belegschaft Mitglieder sind. Die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung sollen auf die ArbeitnehmerInnen überwältzt werden. BetriebsrätInnen dürfen in Zukunft Vereinbarungen mit dem Dienstgeber schließen, welche mit Regelungen in Kollektivverträgen konkurrieren. Außerdem ist es nun möglich, 400 Überstunden pro Jahr anzuhäufen, für Führungskräfte sind ab sofort 550 Stunden pro Jahr möglich.

Griechenland. 2009 legte Griechenland seine dramatische finanzielle Situation offen und löste damit das Krisen-Comeback in Europa aus. Das Land weist derzeit einen Schuldenstand von rund 150 Prozent des BIP auf. Das Rettungspaket wurde zuletzt auf insgesamt 109 Milliarden Euro ausgeweitet. Die umgesetzten Sparmaßnahmen an der Ägäis sind die wohl

EU-weit umfassendsten, die Menschen und Gewerkschaften protestieren lautstark. Bisherige Maßnahmen umfassten einen Aufnahmestopp und acht Prozent Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, den Wegfall des 13. und 14. Monatsgehalts bei höheren Beamtengehältern und Pensionen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 21 auf 23 Prozent. Weiters wurden die Abgaben auf Treibstoff, Alkohol, Tabak, Luxusgüter und Glücksspiel um zehn Prozent erhöht, öffentliche Investitionen um eine Milliarde Euro gekürzt und Privatisierungen durchgezogen.

Rumänien. Das ohnehin arme Land entschied sich für strikte Sparmaßnahmen, um einen Kredit in Höhe von 20 Mrd. Euro des IWF und der EU zu erhalten. Sozialleistungen wurden um 15 Prozent gekürzt, rund eine Viertel Million öffentlich Bedienstete soll entlassen werden, das Pensionsalter wird auf 65 Jahre angehoben und die Arbeitsverfassung wird abgeändert, was unter anderem Kollektivvertragsverhandlungen, Arbeitsgerichte, den Status von Gewerkschaften sowie Veränderungen des individuellen Arbeitsrechts betrifft.

Frankreich. Trotz solider Wachstumszahlen droht auch Frankreich tiefer in den Strudel der Schuldenkrise zu geraten. Angesichts des hohen Budgetdefizits nimmt die Regierung in Paris nun die Sozialausgaben ins Vi-

sier. Präsident Nicolas Sarkozy kündigte die Einsetzung eines Expertengremiums an, das auch eine höhere Mehrwertsteuer zur Finanzierung niedrigerer Sozialabgaben prüfen soll. Die fünf größten Gewerkschaften Frankreichs haben zu Protesten gegen die Sparpläne der Regierung aufgerufen. Sparsamkeit allein sei nicht die Lösung der Krise und würde das Land bloß in eine Wirtschaftsflaute treiben. Sie erklärten den 13. Dezember zum nationalen Protesttag. Die Regierung hatte in den vergangenen vier Monaten bereits zwei Sparpakete vorgestellt.

Portugal. Das am meisten subventionierte Land der EU musste Mitte Mai ebenfalls ein Rettungspaket in der Höhe von 78 Mrd. Euro in Anspruch nehmen. Der Schuldenstand des Landes liegt derzeit bei rund 90 Prozent der Wirtschaftsleistung. Ein umfassendes Sparprogramm sieht folgende massiven Eingriffe vor: Lohnkürzungen, maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate gekürzt, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitssektor, Stellenabbau im öffentlichen Sektor, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Privatisierungen der Staatskonzerne.

Italien. Im Oktober und November kam es zu einer Streikwelle in Italien. Zuletzt demonstrierten auch MetallerInnen gegen den Autokonzern Fiat, der Standorte schließt und aus dem Kollektivvertrag aussteigen will. Im Dezember gab es Proteste gegen die Sparmaßnahmen, denn trotz des Abgangs von Silvio Berlusconi, steckt Italien weiter in der Schuldenkrise. 2011 beträgt das Wachstum nur 0,5 Prozent, die Staatsverschuldung liegt bei 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die neue Regierung

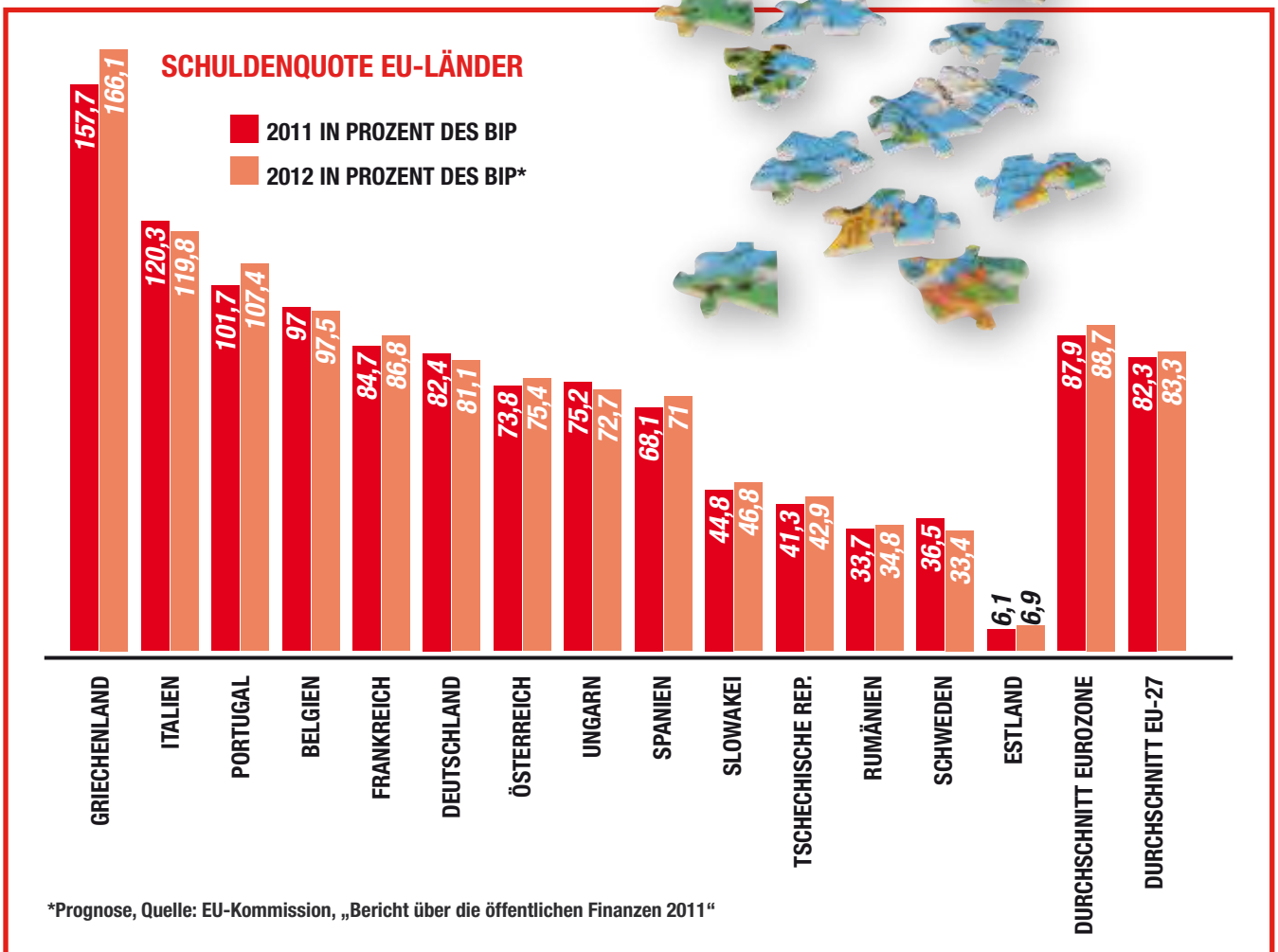
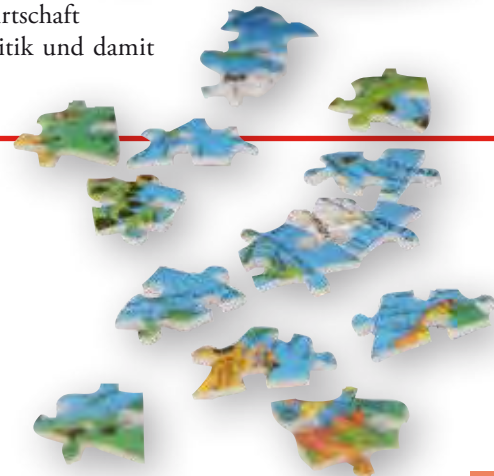
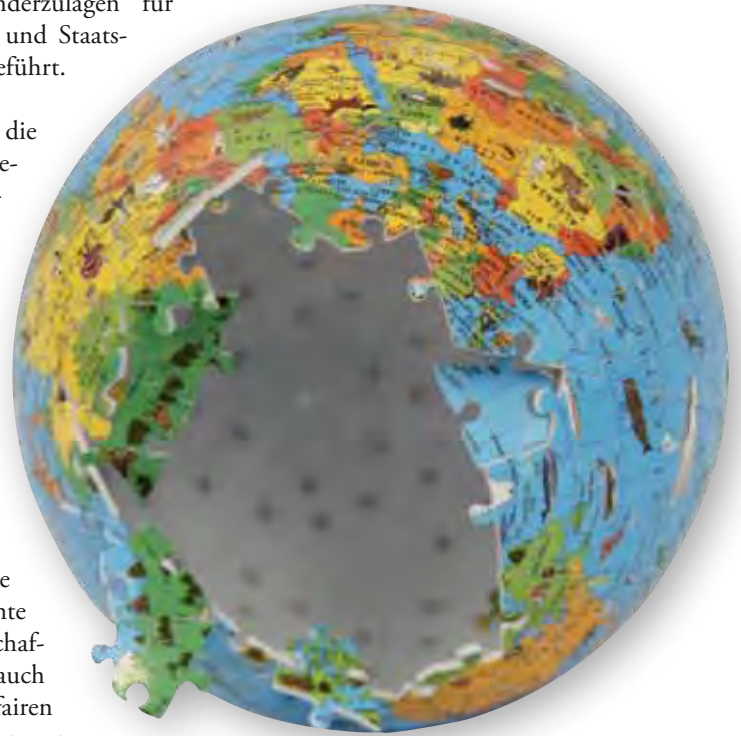


unter dem früheren EU-Kommissar Mario Monti versucht, dem Abwärtstrend durch ein Sparprogramm zu entkommen: Das Rentenalter soll bis 2026 von derzeit 65 Jahren auf 67 Jahre steigen, die Mineralölsteuer soll angehoben werden.

Tschechische Republik. Obwohl die Staatsverschuldung nur rund 35 Prozent des BIP beträgt, hat die Regierung durch eine Notstandsverordnung Kürzungen von Sozialleistungen, im öffentlichen Dienstleistungsbereich und steuerrechtliche Änderungen durchgesetzt. Unter anderem wird das Krankenstandsgeld auf 60 Prozent der Grundleistung und das Pflegegeld gekürzt, die Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeber wird von 21 auf 14 Tage herabgesetzt. Der gesetzliche Mindestlohn in Tschechien wurde seit 2006 nicht mehr erhöht und eine Sondersteuer auf staatliche Wohnbeihilfen und die

Besteuerung von Sonderzulagen für pensionierte Polizisten und Staatsbedienstete wurde eingeführt.

Das Tempo, mit dem die Wünsche der neoliberalen Arbeitgeberverbände unter dem Vorwand der Schuldenkrise umgesetzt werden, ist enorm. Gewerkschaften und protestierenden BürgerInnen, die sich gegen die Verschlechterungen wehren, kommt eine wichtige Rolle zu. Denn nur wenn die Menschen ihre Rechte und soziale Errungenschaften verteidigen und auch von den Reichen einen fairen Beitrag einfordern, kann verhindert werden, dass Wirtschaft und Finanzmärkte die Politik und damit unser Leben diktieren.



„Wir brauchen einen langen Atem“

Oliver Röpke im Interview über das „Schlachtfeld“ Europa. Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.

LINKTIPP:

ÖGB-Europabüro in Brüssel
www.oegb-eu.at

Glück auf!: „Fleißige“ Deutsche wettern gegen „faule“ Griechen. In der EU fehlt es derzeit massiv an Solidarität. Ist eine Sozialunion überhaupt noch realistisch?

Röpke: Es geht doch nicht um „Faulheit“, sondern darum, dass auch in Griechenland vor allem jene massiv für die Krise zahlen, die sie am wenigsten verursacht haben: die ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen. Denen soll jetzt auch noch der Mindestlohn von etwas über 700 Euro brutto gestrichen werden, fordert die „Troika“ aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Nicht „die Griechen“ werden gerettet, sondern ein außer Kontrolle geratener Finanzsektor.

Die Krisen eignen sich hervorragend als Vorwand für Sparpakete und Einschnitte im Arbeitsrecht.

Wie viel Krise steckt wirklich hinter diesen Maßnahmen?

Röpke: Die konservativ-liberal dominierte EU-Kommission schwächelt zwar bei der Regulierung der Finanzmärkte, aber sie baut die EU konsequent in eine neoliberale Wettbewerbsunion um. Die Krise wird in der EU dazu missbraucht, massive soziale Einschnitte und weitere Deregulierungen auf den Arbeitsmärkten durchzusetzen. Mit den Ursachen der Krise hat das wenig bis gar nichts zu tun. Dafür wird jetzt der neoliberale Wunschzettel der europäischen Arbeitgeberverbände verwirklicht.

Die Protestkultur der Beschäftigten hat sich verändert. ArbeitnehmerInnen steigen in ganz Europa wieder vermehrt auf die Barrikaden. Eine Chance für mehr Mitbestimmung?

Röpke: Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat sich in den vergangenen Jahren konsequent gegen den Abbau von sozialen Rechten in Europa eingesetzt. Diesen Kurs müssen wir weiterverfolgen. Trotz aller Proteste wundere ich mich, dass es in Ländern wie Spanien immer noch vergleichsweise ruhig ist. Die „Märkte“ warnen zwar hysterisch vor einer „Schuldenkrise“, dabei sitzen viele Länder auf einem sozialen Pulverfass. Eine Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 Prozent wie in Spanien ist eine Bankrotterklärung der europäischen Poli-

„Die Krise wird in der EU dazu missbraucht, massive soziale Einschnitte auf den Arbeitsmärkten durchzusetzen.“



Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel

tik. Hier müsste sich die EU-Kommission massiv für die jungen Menschen einsetzen, statt sich in die Löhne und Lohnstückkosten in den Mitgliedsstaaten einzumischen.

International zeigen Gewerkschaften Zusammenhalt durch Fusionen. Wo siehst du derzeit die größten Herausforderungen für europäische Gewerkschaften?

Röpke: Es wird wichtig sein, in Zukunft noch stärker auf Bündnisse mit politischen Partnern zu setzen. Dazu gehören NGOs, politische Parteien, aber auch eine starke Vernetzung mit anderen Protestbewegungen und sozialen Gruppen. Die österreichischen Gewerkschaften und der ÖGB sind hier schon weiter als manch andere in Europa, doch wir brauchen starke Gewerkschaften aus allen Mitgliedsstaaten, um gemeinsam stark aufzutreten. EU-Politik ist letztlich Innenpolitik, denn eine neoliberale EU-Wirtschaftsregierung wird sich direkt auf die ArbeitnehmerInnen auswirken. Wir werden einen langen Atem brauchen, um hier einen politischen Kurswechsel zu erzwingen.

Gekürzte Version. Die Langversion des Interviews kann unter www.proge.at nachgelesen werden.

Europäisches Jahr für aktives Altern. Die Europäische Kommission hat 2012 zum „Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ erklärt. Die Initiative soll zur Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für die zunehmende Zahl älterer Menschen in Europa beitragen, ihnen helfen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, und ein gesundes Altern fördern.

Bildungsprogramm 2012. BetriebsrätInnen stehen immer wieder vor neuen Herausforderungen. Das Rüstzeug, um diese erfolgreich bewältigen zu können, ist eine fundierte gewerkschaftliche Ausbildung. Neu im Angebot der PRO-GE Bildung ist 2012 die Diplombildung: Sechs Seminare aus sieben Themenblöcken können zu einer umfassenden Ausbildung verbunden werden. Alle Seminaretermine 2012 inklusive Möglichkeit zur Online-Anmeldung unter: www.proge.at/bildung

Arbeitszeitkalender der AK. Viel zu oft weichen die Angaben über geleistete Arbeitsstunden zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerIn voneinander ab. Geht es vor Gericht, zählen nur Beweise. Arbeitsaufzeichnungen sind dabei zumindest eine gute Grundlage für einen Vergleich. Deswegen hat die Arbeiterkammer den „Arbeitszeitkalender“ entwickelt. Der Arbeitszeitkalender für 2012 steht zum Download bereit unter: www.arbeiterkammer.at/arbeitsrecht

Neues im Jahr 2012



BUCHTIPP

ANTON BENYA

Fast ein Vierteljahrhundert lang prägte Anton Benya als ÖGB-Präsident die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und der Zweiten Republik. Begonnen hat seine politische Tätigkeit in der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, einer der Vorläuferorganisationen der PRO-GE. Anlässlich des zehnten Todestages Benyas am 5. Dezember und seines 100. Geburtstages im nächsten Jahr hat die Historikerin Liselotte Douschan eine umfangreiche Biografie veröffentlicht, für die sie auf bisher unveröffentlichte Quellen aus Benyas Privatbesitz zurückgreifen konnte.

Liselotte Douschan: *Anton Benya*, Böhlau Verlag 2011, 323 Seiten, 29,90 Euro, ISBN: 978-3-205-78748-8

GEWINNSPIEL

Wir verlosen vier Exemplare des Buches! Gewinnfrage beantworten und per Post an „Glück auf!“, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder per E-Mail an glueckauf@proge.at senden. Einsendeschluss: 27. Jänner 2012

Gewinnfrage: Neben der Gewerkschaftsbewegung war eine weitere Leidenschaft Benyas der Fußball: Bei welchem Verein war Anton Benya Präsident bzw. Ehrenpräsident?

Solltest du kein Glück haben, ist das Buch auch in der ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132, erhältlich
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

FAIRTRADE

Produktdatenbank

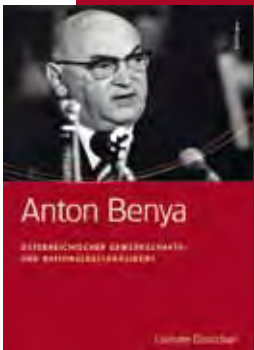
Mehr als 600 Produkte mit FAIRTRADE-Gütesiegel werden mittlerweile in Österreich angeboten. Das Sortiment geht deutlich über Schokolade und Kaffee hinaus und reicht bis zu Bettwäsche oder Fußbällen. Die FAIRTRADE-Produktdatenbank bietet eine Übersicht der in Österreich erhältlichen FAIRTRADE-Produkte und informiert, wo diese erhältlich sind.

www.fairtrade.at/produkte

CLEAN CLOTHES KAMPAGNE

Ride for a change

Snow-, Skate- und Surf-Unternehmen haben bisher nur wenig unternommen, um Missständen in ihren Zulieferbetrieben vorzubeugen. Eine Befragung der Clean Clothes Kampagne (CCK) von zehn Markenfirmen hat gezeigt, dass es an wirkungsvollen Maßnahmen und Transparenz mangelt, um faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Mehr Information sowie eine Online-Petition unter: www.cleanclothes.at





Fehlzeitenreport 2011

Vom Krankenstand in die Pension

Psychische Erkrankungen und gesundheitsbedingte Frühpensionen sind im Vormarsch. Der Fehlzeitenreport 2011 macht den Handlungsbedarf in der betrieblichen Gesundheitsvorsorge deutlich.

LINKTIPPS:

Fehlzeitenreport 2011 zum Download
www.hauptverband.at

Mehr zum Thema Gesundheit
www.proge.at/gesundheit

Jeder dritte Neuzugang bei den Pensionen geht auf gesundheitliche Gründe zurück. 32 Prozent dieser krankheitsbedingten Frühpensionierungen sind bereits psychisch bedingt. Zu diesen Ergebnissen kommt der Fehlzeitenreport 2011, der einen Überblick über das Krankheitsgeschehen in Österreich gibt.

Langfristige Trends. Im Jahr 2010 waren unselbstständig Beschäftigte durchschnittlich rund 13 Tage im Krankenstand. Die häufigsten Krankheitsursachen sind Erkrankungen von Muskeln, Skelett und Atemwegen. Obwohl insgesamt Krankenstände kürzer und Arbeitsunfälle seltener werden, sind ArbeiterInnen mit körperlich anstrengenden Tätigkeiten nach wie vor besonders betroffen. Sie haben um 60 Prozent mehr Krankenstandszeiten als Angestellte. Auch ältere Arbeitskräfte sind überproportional oft von langen Krankenständen betroffen. Für immer mehr Beschäftigte führt der Weg vom Krankenstand direkt in die Pension.

Betriebliche Gesundheitsvorsorge. „Die Arbeitswelt wird in der Gesundheitspolitik noch viel zu wenig berücksichtigt“,

kritisiert Gabi Kuta, Arbeitstechnikerin der PRO-GE. „Einerseits wird längeres Arbeiten gefordert, andererseits fehlt es an altersgerechten Arbeitsplätzen, um überhaupt länger im Erwerbsleben bleiben zu können. Die steigende Anzahl an Frühpensionen macht deutlich, dass diese Rechnung nicht aufgeht“, so Kuta. Die betriebliche Gesundheitsvorsorge müsse daher zu einem Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik gemacht werden. „Die Zahl der Arbeitsunfälle ist in den vergangenen Jahren durch Vorsorgemaßnahmen gesunken. Mit raschen Maßnahmen kann man das auch bei psychischen Erkrankungen erreichen“, ist Kuta überzeugt.

12,9

Tage waren Österreichs unselbstständig Beschäftigte im Jahr 2010 durchschnittlich im Krankenstand. 1980 waren es 17,4 Krankenstandstage.

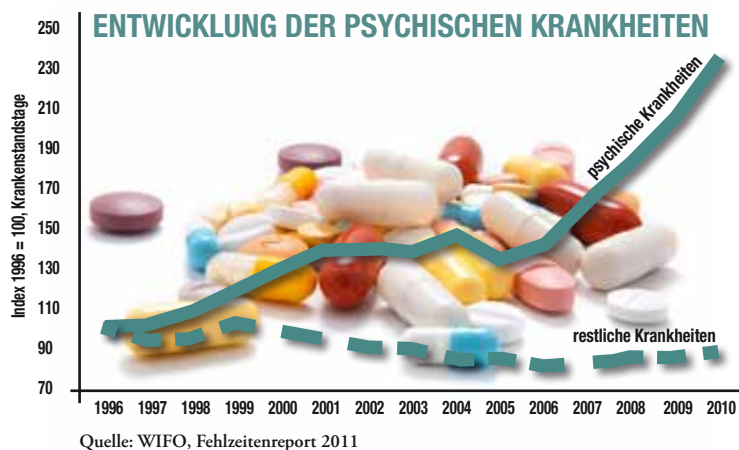
32

Prozent aller krankheitsbedingten Frühpensionierungen gingen 2010 auf psychische Erkrankungen zurück.

45

Prozent aller Krankenstände sind durch Muskel- und Skeletterkrankungen verursacht.

Quelle: Fehlzeitenreport 2011, WIFO





Austria Tabak

„Hainburg war schon immer eine Tabakstadt“

Seit 227 Jahren gibt es die Tabakfabrik in Hainburg. Mit Jahresende ist dieses Kapitel jedoch Geschichte, dann wird auch die letzte Zigarettenproduktion Österreichs eingestellt. Damit verlieren nicht nur 240 MitarbeiterInnen ihren Job, auch Gemeinde und Region schmerzen die Schließung.

„Hainburg IST die Tabakfabrik“, sagt Jakob Horvath, Betriebsratsvorsitzender im Austria Tabakwerk Hainburg, und blickt vom Braunsberg hinunter auf den Betrieb, in dem er seit 29 Jahren arbeitet. Sieht man von hier oben die Dimension des 53.000m² großen Fabrikgeländes wird einem bewusst, was er meint. Nicht nur räumlich nimmt der riesige Gebäudekomplex, bestehend aus Franziskanerkloster und der Fabrik aus den 60er-Jahren, ein Drittel des Ortes ein. Auch wirtschaftlich sind Hainburg und seine BewohnerInnen eng mit dem Werk verbunden. „Jeder profitiert davon“, erklärt Horvath.



Größter Arbeitgeber geht verloren. Die Gemeinde verliert nun auf einen Schlag rund 500.000 Euro Einnahmen durch Kommunalsteuern. „Die Schließung geht mir persönlich sehr zu Herzen. Vor allem, weil ich alle Beschäftigten und ihre Geschichten kenne“, erzählt Horvath. „In der Umgebung gibt es kaum Arbeitsplätze.“ Im Bezirk Bruck an der Leitha ist das Krankenhaus der größte Arbeitgeber nach dem Tabakwerk. „Vielen wird nichts anderes übrig bleiben, als nach Wien zu pendeln“, so Horvath. „Am schwersten werden es sicher jene mit geringer Ausbildung haben. Dass sie einen ähnlich gut bezahlten Job bekommen wie im Tabakwerk, ist unwahrscheinlich“, vermutet der gelernte Mechaniker.

Verlegung nach Rumänien und Polen. In den Hallen sind bereits einige Plätze leer, eine Maschine wird gerade abgebaut. Zwölf Maschinen hat es insgesamt gegeben, zuletzt wurden hier noch zehn Milliarden Zigaretten pro Jahr für ca. 150 verschiedene Marken erzeugt. Der Großteil war für den heimischen Verbrauch bestimmt, aber auch Italien war ein großer Abnehmer. Einige der Maschinen wurden bereits in ein Werk der Japan Tobacco International (JTI) in Rumänien überstellt. 33 MitarbeiterInnen haben sich für die Montage und Einschulung in Rumänien und Polen, wo die restlichen Maschinen übernommen werden, gemeldet. Bis 23. Dezember wird die Produktion noch laufen, mit 1. Jänner wird es kaum noch Leute im Betrieb geben.



Foto: Fotolia

Betriebsrat Jakob Horvath (re.) geht die Schließung der Tabakfabrik Hainburg sehr zu Herzen.



Bis 23. Dezember wird die Produktion noch laufen, mit 1. Jänner wird es kaum noch Leute im Betrieb geben.



Investitionen vor Schließung. „Als wir von der Schließung erfahren haben, war das ein großer Schock“, erzählt Ernst Hofer, der seit 37 Jahren im Betrieb arbeitet. „Schließlich wurden vor eineinhalb Jahren noch 36 Millionen Euro in den Standort investiert. Vor allem bis der Sozialplan veröffentlicht wurde, hatten die KollegInnen viele Ängste. Seit die Details daraus bekannt sind, können die meisten aber wieder besser schlafen“, so Hofer. „Wobei der beste Sozialplan keinen Arbeitsplatz ersetzen kann“, ergänzt sein Kollege Horvath.



In der Werkshalle sind bereits einige Plätze leer. Diese Maschine wird gerade für den Transport nach Rumänien abgebaut.

Allerletzte Weihnachtsfeier. Trotz eines guten Sozialplans ist die Zukunft der bald ehemaligen TabakarbeiterInnen und mit ihnen von ganz Hainburg ungewiss. Horvath lässt seinen Blick noch einmal über das Firmengelände streifen. „Die Weihnachts- und gleichzeitige Abschiedsfeier am 16. Dezember wird sicher wehmütig. Hainburg war schließlich schon immer eine Tabakstadt.“

- 1723:** Gründung der Tabakmanufaktur in Hainburg
- 1784:** Einführung kaiserliches Tabakmonopol
- 1846:** Bau des „Donaugebäudes“ (heutige Kulturfabrik)
- 1905:** In der k. u. k. Haupttabakfabrik sind rund 2.500 Menschen beschäftigt
- 1939:** Umwandlung in staatliche Aktiengesellschaft
- 1963:** Fertigstellung neue Fabrik
- 2001:** Privatisierung: Verkauf an Gallaher Group
- 2007:** Übernahme durch Japan Tobacco (JTI)



Kollektivvertrag Arbeitskräfteüberlassung

Meilenstein bei Karenzanrechnung

Eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 4,15 Prozent erreichte die PRO-GE bei den KV-Verhandlungen der Arbeitskräfteüberlassung. Im Rahmenrecht wurde ein neuer Meilenstein gesetzt: Erstmals werden Karenzzeiten in voller Höhe angerechnet.

LINKTIPP:

Das Informationsportal für LeiharbeiterInnen
www.leiharbeiter.at



„Die Branche hat vom Aufschwung stark profitiert. Umso wichtiger war es, auch den ZeitarbeiterInnen einen fairen Anteil an diesem Aufschwung zu sichern“, erklärt Thomas Grammelhofer vom Verhandlungsteam der Produktionsgewerkschaft zum Ergebnis der Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 65.000 Beschäftigten in der Arbeitskräfteüberlassung. Mit Lohnerhöhungen von 4,0 bis 4,3 Prozent wurde eine Reallohnsteigerung für die ArbeitnehmerInnen der Branche erreicht.

Volle Anrechnung von Karenzzeiten. Erstmals konnte in einem Kollektivvertrag verankert werden, dass Karenzzeiten zur Gänze auf dienstzeitabhängige Ansprüche angerechnet werden. „Das bedeutet bares Geld für die Beschäftigten und ist ein wesentlicher Bestandteil auf dem Weg zur Verringerung der Einkommenssicherheit“, freut sich PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl und fordert andere Branchen auf, dem Beispiel zu folgen: „Alle ArbeitnehmerInnen sollen davon profitieren, denn Familie und Beruf darf für niemanden ein finanzieller Nachteil sein.“

Neue Mindestlöhne ab 1. Jänner:

BG F	Techniker	15,74 Euro
BG E	Qualifizierter Facharbeiter	12,79 Euro
BG D	Facharbeiter	11,15 Euro
BG C	Qualifizierte Arbeitnehmer	9,91 Euro
BG B	Angelernte Arbeitnehmer	8,82 Euro
BG A	Ungelernte Arbeitnehmer (zulässig nur im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit)	8,25 Euro

Verbesserungen Rahmenrecht: Karenzen innerhalb des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Mutterschutzgesetzes, Elternkarenzurlaubsgesetzes oder Väter-Karenzgesetzes werden künftig für die Bemessung der Kündigungsfrist, der Dauer des Krankenentgeltanspruches, der Urlaubsdauer, des Jubiläumsgeldes, der Umstufung von der Beschäftigungsgruppe A auf B und bei Bemessung der Höhe der Abfertigung zur Gänze angerechnet.

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. November: **Malzindustrie:** KV-Löhne +3,5 Prozent, KV-Zulagen +3,5 Prozent, innerbetriebliche Zulagen +3,5 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +3,5 Prozent, neuer Mindestlohn 1.622,61 Euro

Ab 1. Dezember: **Suppenindustrie:** KV-Löhne +3,5 Prozent plus Auf-
rundung auf den nächsten vollen Euro, Lehrlingsentschädigungen +3,5 Prozent, Dienstalterszulage +3,5 Prozent, Nachverrechnung bei

der Weihnachtsremuneration, Aufrechterhaltung der euromäßigen Überzahlung, neuer Mindestlohn 1.441 Euro

Ab 1. Jänner: **Vulkaniseure:** KV-Löhne/-gehälter +4 Prozent, Ist-Löhne +4 Prozent, Lehrlingsentschädigungen +4 Prozent, Zulagen, Zuschläge und Prämien +4 Prozent, neuer Mindestlohn 1.380,76 Euro

Alle KV-Abschlüsse unter www.lohnstunden.at

Gelebte Solidarität

Aktion Zeit spenden

Es war ein Schock für Johann B.*, als kurz vor der Geburt seines ersten Kindes bei seiner Frau Krebs diagnostiziert wurde. Seit seine Frau in diesem Sommer der tragischen Krankheit erlag, versorgt der 30-jährige Vater das 18 Monate alte Kind allein.

Frau verbringen. Diesen Sommer hat der 30-jährige Vater mit dem tragischen Schicksalsschlag die Rolle des alleinerziehenden Vaters übernommen.

Zeit-Spendenaktion. Der Betriebsrat erinnerte sich der spontanen Aktion der KollegInnen und initiierte aus dem tragischen Anlass eine



Über 15 Jahre, seit er seine Lehre zum Werkzeugtechniker begann, arbeitet Johann B. bereits in dem metallverarbeitenden Betrieb in Oberösterreich. Zum Arbeitsablauf des Unternehmens gehört vollkontinuierliche Schichtarbeit. Nicht gerade eine geeignete Arbeitsform für Alleinerziehende mit einem Kleinkind. Doch dank der Hilfsbereitschaft der Belegschaft fand man in dem Betrieb eine kreative Lösung.

Bereits vor zwei Jahren, als es um die Pflege der erkrankten Frau und jungen Mutter ging, hatten engste Mitarbeiter spontan einhundert Gutstunden ihres Zeitkontos dem betroffenen Kollegen gespendet. Mit dieser Hilfestellung konnte Johann B. mehr Zeit für die Pflege aufwenden und die letzten wichtigen Stunden mit seiner

neuerliche „Zeit-Spendenaktion“. Diesmal ausgeweitet auf den ganzen Betrieb mit rund 280 MitarbeiterInnen. Die großzügige Hilfsbereitschaft der KollegInnen führte dazu, dass insgesamt 1.150 Gutstunden gesammelt werden konnten, die nun Johann B. zugute kommen. Sie wurden vom Personalbüro für Johann B. bereits auf sein Zeitkonto gutgeschrieben. Darüber hinaus spendeten die MitarbeiterInnen rund 1.600 Euro für ihren jungen Kollegen.

In der Tagesschicht. Die Gutstunden hätten aber keinen Sinn, wenn sie nicht je nach Bedarf als Zeitausgleich konsumiert werden könnten.

Aufgrund der enormen Welle an Hilfsbereitschaft unter den MitarbeiterInnen hat auch das Unternehmen zugesichert, jenen Spielraum zu schaffen, den Johann B. zur Konsumation der Gutstunden benötigt. Seine Arbeitszeit hat man in die Tagesschicht verlagert, um die Situation leichter zu managen. Die Kombination aus Solidarität der KollegInnen und dem Entgegenkommen der Firma ermöglicht es dem jungen Mann, sich leichter seiner Aufgabe als erziehender Vater widmen zu können.

Auch wenn Solidarität den Schmerz über den tragischen Verlust nicht heilen kann, so ist sie doch eine konstruktive Unterstützung für einen Kollegen in einer so schweren Zeit. Wie wichtig Zeit fürs Leben ist, haben die KollegInnen in diesem Fall erkannt. Sie haben Solidarität der besonderen und berührenden Art bewiesen.

*Name von der Redaktion geändert

Betriebsreportage

Werkstätte unter freiem Himmel

Äcker und Wiesen so weit das Auge reicht. 3.000 Hektar Ackerflächen und 100 Hektar Wiesen gehören zum Gutsbetrieb der Stiftung Fürst Liechtenstein in Niederösterreich. Modernste Maschinen machen die Bewirtschaftung mit nur zwölf Traktorführern, einigen PraktikantInnen und saisonalen ErntehelferInnen möglich.

Der Gutsbetrieb hat Standorte in Wilfersdorf (Bild) und Rabensburg. Auf den Äckern wird zu einem Drittel Winterweizen für den menschlichen Verzehr angebaut. Die Vermarktung über die Erzeugergemeinschaft „Pannonia“ bürgt für die hohe Qualität des Getreides.



Jeder Traktor ist etwa 880 Stunden pro Jahr im Einsatz. Überstunden sind für die ausschließlich männlichen Traktorführer keine Seltenheit. „Auch wenn die Maschinen modern sind, wirken sich die vielen Stunden am Traktor negativ auf die Gesundheit aus“, erzählt Betriebsrat Walter Kurz.



„Die Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung ist nicht immer einfach“, erzählt Betriebsrat Walter Kurz (Bild), der seine KollegInnen seit 18 Jahren vertritt. Seit 25 Jahren arbeitet er in den Gutsbetrieben.



Das pannonische Klima ist ideal für den Anbau von Getreide wie Weizen, Gerste und Durum oder für Nutzpflanzen wie Raps und Mais. Rund 300 Hektar sind Ökoflächen oder Brache, die durch das Österreichische Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) gefördert werden.



In der Landwirtschaft hat sich viel geändert. Die Maschinen werden immer größer und effizienter, der Personalaufwand dafür geringer.



Im Winter werden vor allem das Saatgut aufbereitet, Maschinen gewartet und repariert. In den riesigen Silos können 13.000 Tonnen eingelagert werden.



Manuel hat als Praktikant im Betrieb begonnen. Nachdem er die Landwirtschaftsschule in Mistelbach abgeschlossen hat, wurde er übernommen. Wie die meisten seiner Arbeitskollegen ist er noch sehr jung.

Achtung Kamera



Besuch aus Russland. Zum internationalen Erfahrungsaustausch hatte die PRO-GE eine 15-köpfige Delegation der russischen Stahl- und BergarbeiterInnengewerkschaft GMPR im Wiener Catamaran zu Gast.



Taschen für einen guten Zweck. Sabina Gerdenits näht aus Verpackungsmaterial robuste Taschen. Beim PRO-GE Bundesfrauenvorstand wurden diese zugunsten der Initiative Kinderreha des niederösterreichischen PRO-GE Landessekretärs Markus Wieser verkauft. Unter den begeisterten Kunden und Kundinnen: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. www.initiative-kinderreha.at



Mitgliederehrung der PRO-GE Salzburg. Bundesvorsitzender Rainer Wimmer, Landesvorsitzender Erwin Hillinger und Landessekretär Siegfried Schluckner bedankten sich für die Treue. 230 KollegInnen konnten für 25- und 40-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet werden, 27 Kollegen für 50-jährige, 18 Kollegen für 60-jährige und 14 Kollegen sogar für 65 Jahre.



Neue Mitglieder. Die drei neuen Lehrlinge bei Constantia Patz in Loipersbach – hier mit Lehrlingsausbildner und stv. BR-Vorsitzenden Nikolaus Bauer – sind die ersten, die im Produktionsbereich der Firma ausgebildet werden. Herzlich willkommen!



Jugendversammlung Siemens. Die Lehrlinge der Siemens AG Österreich konnten ihre Anliegen mit den Ausbildnern und dem Leiter der neuen Siemens-Niederlassung in Linz, Dr. Kinast, diskutieren. Der Jugendvertrauensrat berichtete über seine Tätigkeit, und der oberösterreichische PRO-GE Jugendsekretär Andreas Krammer informierte über aktuelle Gewerkschaftsthemen.

Schokoladebranche

Gibt es Nachhaltigkeit zu Dumpingpreisen?

Gerade in der Vorweihnachtszeit wird vermehrt Schokolade gekauft. Dabei legen immer mehr KonsumentInnen Wert auf den Kauf nachhaltiger Produkte. Doch wie nachhaltig kann Billigstschokolade, trotz Gütesiegel, wirklich sein?

LINKTIPPS:

Mehr Infos zum Kakaoprojekt unter www.proge.at/projekte

Greenpeace Marktcheck von 22 Milchsokoladen unter www.marktcheck.at

Nachhaltigkeit

fördern für 25 Cent? Mit dem Kauf einer zertifizierten 100-Gramm-Tafel Milchsokolade soll das angeblich funktionieren. Organisationen, die sich bereits seit längerer Zeit mit der Thematik befassen, bezweifeln das: „Schokoladetafeln zu einem Dumpingpreis von 25 Cent können nur Ausbeutung von Umwelt und Menschen in den Anbauländern und in den Schokoladebetrieben bedeuten, oder diese Produkte werden bewusst unter den Produktionskosten angeboten. Diese ‚Geiz ist geil‘-

Mentalität ist unerträglich“, so Gerhard Riess, zuständiger Sekretär der PRO-GE.

Faire Löhne gegen Kinderarbeit. Nur fünf multinationale Konzerne beherrschen 60 Prozent des Weltmarktes. Preisdumping ist die Folge des erbitterten Kampfes um Absatzmärkte, bei dem die schwächsten der Produktionskette – meist Kleinbauern in armen Ländern – allzu oft auf der Strecke bleiben. „In der Elfenbeinküste, dem weltgrößten Kakaoproduzenten, arbeiten mehrere 100.000 Kinder auf den Plantagen bis zu zwölf Stunden täglich und hantieren mit giftigen Pestiziden ohne Schutzkleidung. Diese sklavenähnliche Kinderarbeit könnte wirksam bekämpft werden, wenn Kakaobauern existenzsichernde Löhne bekämen“, fordert Elfriede Schachner, Südwind-Geschäftsführerin.

Unterschiedliche Kriterien. „Es gibt eine Fülle an Gütesiegeln, bei denen die Kriterien sehr unterschiedlich sind“, gibt Franz Floss vom Verein für Konsumenteninformation (VKI) zu bedenken. Faire Löhne für Beschäftigte sind etwa nur mit dem Fairtrade-Siegel garantiert (siehe Labelvergleich). In der UTZ-zertifizierten 25-Cent-Schokolade müssen dagegen nur zehn Prozent der verarbeiteten Kakaobohnen aus zertifiziertem Anbau stammen. Da nicht nur Bohnen, sondern auch Kakaobutter verwendet werden,



Foto: Südwind

kommt man in einer solchen 100-Gramm-Tafel auf einen zertifizierten Anteil von drei Gramm.

Nachhaltigkeit hat ihren Preis. „Dumpingpreise machen alle Bemühungen zunichte, die Produktionsbedingungen zu verbessern und langfristig einen nachhaltigen Anbau zu fairen Bedingungen zu ermöglichen. Hersteller, der Handel und auch die KonsumentInnen müssen sich bewusst sein, dass Nachhaltigkeit ihren Preis hat“, betonen die Organisationen.



Foto: Fairtrade

Mindestanteil des zertifizierten Rohstoffes für die Labelverwendung auf dem Endprodukt			
Kaffee	100 % ausnahmslos	30–90 %	Mind. 90 %
Kakao	100 % ausnahmslos	30–90 %	Mind. 30 %, es gibt jedoch Ausnahmen
Mission und Zielgruppe			
Mission	Ganzheitlicher Entwicklungsansatz	Schonung von Umwelt und natürlichen Ressourcen	Nachhaltige Produktion
Zielgruppe	Mensch Kleinbauern und -bäuerinnen, lohnabhängige ArbeiterInnen sowie ihre Familien im fairen Handel	Regenwälder und Ökosysteme Keine spezifische Zielgruppe	Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette; ursprünglich für Plantagen ausgerichtet, danach auch für Kleinbauern



Ungerechte Notbremse bei der Schuldenbremse

Streit um **Frauenpension**

Für die BefürworterInnen ist das Vorziehen des gesetzlichen Frauenpensionsantrittsalters die Lösung der Probleme. Für die GegnerInnen ein übereilter unsozialer Eingriff, um außer Rand und Band geratene Ratingagenturen und das Finanzkapital in Zeiten der Krise zu befriedigen. Was ist dran an dem heißen Thema?

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.proge.at/frauen

Plötzlich war sie da. Die Debatte über die Schuldenbremse. Mitgebracht hat sie eine breite Diskussion um das Frauenpensionsantrittsalter.

Rückblick ins Jahr 1992: Bereits damals hatte man die Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer beschlossen. Ab 2019 sollte das Pensionsalter für vorzeitige Pensionen (Frühpension) angeglichen werden. Fünf Jahre später, also 2024 sollte dann die Anpassung der regulären Alterspension folgen, und zwar schrittweise um sechs Monate pro Jahr. Voraussetzung für diese Regelung war die Annahme, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Gleichstellungsprozess erfolgreich abgeschlossen sein sollte.

Vorrang für Gleichstellung. Was damals durchaus noch als realisierbar angesehen wurde, sieht nach heutiger Beurteilung nicht ganz so rosig aus. Nach wie vor ist der Gleichstellungsprozess im Gange und dessen Umsetzung in weiter

Ferne. Einkommensunterschiede, ungleiche Berufschancen und Mehrfach-Belastungen, sind reale Fakten im Erwerbsleben von Frauen. Aus diesem Grund regt sich massiver Widerstand gegen die Bestrebungen, die Angleichung des Pensionsantrittsalters vorzuverlegen. So auch bei den PRO-GE Frauen. „Für uns kommt eine vorgezogene Angleichung des Pensionsantrittsalters nicht in Frage, weil dies die ohnehin existente Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt verstärken würde. Bevor solche Überlegungen angestellt werden, sollten lieber die Benachteiligungen während des Erwerbslebens angegangen werden“, sieht PRO-GE Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl keine Veranlassung, über eine vorzeitige Angleichung des Pensionsalters nachzudenken.

Das wirkliche Problem: der Arbeitsmarkt. Knapp ein Drittel der Frauen geht unfreiwillig direkt aus der Arbeitslosigkeit oder einem Langzeitkrankenstand in die Pension. So steht nur ein Teil der Frauen über 55 Jahren überhaupt im Arbeitsleben, viele davon wiederum in unterbezahlten Teilzeitjobs.

Das Gerücht vom „Pensionszwang“. Keine Frau muss früher in Pension gehen, und kann, sofern sie es will, länger im Berufsleben bleiben. Doch wenn der Arbeitsmarkt keine Chancen für Beschäftigung anbietet, ist es müßig über eine Verlängerung der Arbeitszeit oder Abschläge bei Pensionen zu diskutieren. In der Debatte wird die Wirtschaft aus ihrer Verantwortung entlassen. Es braucht daher eher stärkere Anstrengungen, wie man Frauen gesund bis zum gesetzlichen Antrittsalter im Arbeitsleben halten kann.

„Ein Vorziehen der Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters ist nur eine Beruhigungspille für die Finanzwirtschaft, geht aber völlig an den Problemen älterer Frauen am Arbeitsmarkt vorbei“, so Renate Anderl. „Die Arbeitnehmerinnen sind für den Schlamassel an den Finanzmärkten nicht verantwortlich und dürfen auch nicht dafür zur Kasse gebeten werden.“

Gratis Goody für PRO-GE Mitglieder

Easy zum Führerschein

Du willst den Führerschein machen? Steig ein! Die Gewerkschaftsjugend hilft dir bei deinen ersten Schritten zur Unabhängigkeit und Freiheit auf zwei oder vier Rädern.

LINKTIPP:

Mehr Infos unter
www.oegj.at/fuehrerschein

Damit du auf die Fragen der Prüfung bestens vorbereitet bist, hilft dir die Führerschein-CD, die alle Mitglieder als Goody gratis bekommen.

Auf der ÖGJ-Website kannst du als Gewerkschaftsmitglied die Führerscheinprüfung online üben. Oder du kannst im „Lernmodus“ Fragen mit richtigen Antworten

abrufen, dein Wissen testen und so lange lernen, bis du dich sicher fühlst. Mit der CD verfügst du über die Original-Unterlagen zur Führerschein-Prüfung (Klassen A und B).

Hol dir deine Führerschein-CD jetzt auf der ÖGJ-Website. So kommst du mit uns ganz easy zum Führerschein!

Bis zu 500 Euro fürs Weihnachtssackerl gewinnen!

Kein Packerl im Sackerl

ÖGJ-Aktion klärt auf, wer die Kohle bringt.

darüber auf, dass weder der Weihnachtsmann noch das Christkindl dafür verantwortlich sind, dass wir zu Weihnachten für Packerln unterm Weihnachtsbaum sorgen können.

Die Gewerkschaften verhandeln jährlich den Kollektivvertrag, und damit auch das Weihnachtsgeld. Ohne Gewerkschaft gibt es also kein Packerl im Sackerl. Die ÖGJ nutzt die Aktion, um auf die Leistungen der Gewerkschaften hinzuweisen.

Auf der ÖGJ-Website gibt es jetzt bis zu 500 Euro zusätzlich fürs Weihnachtssackerl zu gewinnen! Wer auf die Frage, wer denn für das Weihnachtsgeld sorgt, die richtige Antwort weiß, kann mit etwas Glück seine Weihnachtsgeschenke richtig auffetten.

LINKTIPP:

Mehr Infos zu der Kampagne
www.oegj.at

Viele glauben, dass das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld, aber auch die jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen gesetzlich geregelt sind. Falsch – sagt die Österreichische Gewerkschaftsjugend und klärt in einer Kampagne

bmwfi
Österreichische Gewerkschaftsjugend

OG
Österreichische Gewerkschaftsjugend

„KEIN PACKERL IM SACKERL“

OHNE GEWERKSCHAFT KEIN WEIHNACHTSGELD!

Die Gewerkschaften verhandeln jährlich die Kollektivverträge und erkämpfen dadurch euer Weihnachtsgeld!

www.oegj.at
www.facebook.com/oegj.at

GEWINNSPIEL
Bis zu 500 EURO für Dein Sackerl!
Mehr auf www.oegj.at

ÖGJ PRO-GE vido GPK 20

Eine Information der Österreichischen Gewerkschaftsjugend

JETZT GIBT'S WEIHNACHTSGELD



Alles was Recht ist!

Die Weihnachtsg'schicht zum Weihnachtsgeld?

Ist es der Weihnachtsmann, der uns die wundersame Gabe des Weihnachtsgeldes unter den Baum legt? Wie wir alles wissen, nein! Auch das Gesetz sorgt nicht für das besondere Geschenk. Doch welche Begebenheit sorgt dann für das freudige Zusatzeinkommen zur Weihnachtszeit? Es ist wieder mal der Kollektivvertrag der alles regelt.

LINKTIPP:

Mehr Infos zum Arbeits- und Sozialrecht unter www.proge.at/recht

So wie Kinder an den Weihnachtsmann glauben, ist es ein weit verbreiteter Irrglaube, dass es einen gesetzlichen Anspruch auf das Weihnachtsgeld gibt. Die Weihnachtsremuneration, wie die offizielle Bezeichnung lautet, ist in den jeweiligen Kollektivverträgen geregelt. Diese werden wiederum nur von den Gewerkschaften verhandelt.

Höhe des Weihnachtsgeldes. Wie hoch die Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) ausfallen, hängt vom gültigen Kollektivvertrag ab. Meistens beträgt das

Urlaubs- oder Weihnachtsgeld jeweils einen Monatslohn. Es gibt aber auch Fälle, in denen es weniger sein kann. Regelmäßig geleistete Überstunden und Prämien werden nur dann im Urlaubs- oder Weihnachtsgeld berücksichtigt, wenn dies auch im Kollektivvertrag vereinbart ist.

Wann wird es ausbezahlt? Die Auszahlung der Sonderzahlung hängt ebenfalls vom jeweiligen Kollektivvertrag ab. Das Weihnachtsgeld ist meist im November oder Dezember fällig. Manche Branchen zahlen die Sonderzahlungen nicht zweimal jährlich aus, sondern auf viermal aufgeteilt.

Das volle Weihnachtsgeld oder aliquot? Ist ein/e ArbeitnehmerIn das ganze Kalender-

jahr im Betrieb beschäftigt, erhält sie/er das volle Weihnachtsgeld. Bei Ein- und Austritt im laufenden Kalenderjahr wird das Weihnachtsgeld nur aliquot, also nur der jeweilige Anteil ausbezahlt. Für Zeiten von Karenzurlaub, Präsenz- oder Zivildienst gebührt kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld.

Weniger als Urlaubsgeld? Obwohl Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Bruttobeträgen zwar gleich hoch sind, bleibt beim Weihnachtsgeld im Dezember netto oft weniger im Börsel. Das liegt an steuerlichen Regelungen.

Kein Gesetz. Nicht das Gesetz oder der Weihnachtsmann regeln Ansprüche auf Sonderzahlungen, sondern Gewerkschaften durch Kollektivverträge. Gewerkschaften setzen sich aktiv für die Beschäftigten aller Branchen ein, um das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu vereinbaren. Dabei zeigt sich immer wieder, je besser sich die ArbeitnehmerInnen organisieren, umso besser sind auch ihre Regelungen. Und das trifft auch beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu.

Dein Betriebsrat oder deine Betriebsrätin bzw. die ExpertInnen der PRO-GE Rechtsabteilung beantworten deine Fragen rund ums Weihnachtsgeld: PRO-GE Rechtsabteilung, Tel.-Nr. (01) 534 44-69 DW 140 bzw. per E-Mail an recht@proge.at

PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH

Der Umbau hat begonnen

Ab Sommer 2012 werden die Häuser in Bad Hofgastein und Velden nach umfangreichen Neu- und Umbauten unseren Urlaubsgästen und SeminarteilnehmerInnen wieder Ruhe und Erholung bieten.

Neues Logo

Im Zuge der Neustrukturierung des Urlaubsvereins, es wurde die „PRO-GE Urlaub & Seminar GmbH“ gegründet, haben wir ein neues Erscheinungsbild. Nach dem Um- und Zubau in den Urlaubshäusern erhält nicht nur das Urlaubsangebot, sondern auch die Bildungsarbeit einen neuen Stellenwert.



Alles Baustelle ...

Haus Bad Hofgastein

Die Buchungen für 2012 werden im „Baubüro“ trotz Umbau im Haus gerne entgegengenommen. Im Zuge des Umbaus erhalten Speisesaal (r.), Wintergarten (l.) und damit Kulinarik und Gemütlichkeit ein neues Design. Durch den Bau einer Tiefgarage (Mitte) unter dem Haus ist die flexible und bequeme Anreise mit dem eigenen Auto garantiert. Außerdem wird die Heizung auf Fernwärme umgestellt, die Raumaufteilung der Zimmer und der Schallschutz werden optimiert und die Bäder werden generalsaniert.



Haus Velden

Der Bagger hat ganze Arbeit geleistet. Die veralteten Bungalows wurden abgerissen, um gleich nach dem Spatenstich am 4. November mit dem Bau der neuen barrierefreien Ferienwohnungen zu beginnen (l.). Das Bild in der Mitte zeigt, wie sie nach Fertigstellung aussehen sollen. Auch im Haupthaus stehen einige Neuerungen an: Im Terrassen- (r.) und Küchenbereich gibt es Zubauten, ein neuer Wellnessbereich und die Generalsanierung der Umkleieräume, Duschen und WCs im Seebereich gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten.



Haus Hofgastein

Urlaub im Gasteinertal


PRO-GE
 Urlaub & Seminar GmbH

Das Haus Hofgastein bietet zu jeder Jahreszeit ideale Urlaubsmöglichkeiten für die ganze Familie. Sowohl AktivurlauberInnen als auch ruhesuchende Gäste kommen auf ihre Rechnung.

Die Gäste des Hauses genießen freien Eintritt in die Alpentherme Gastein, die durch einen exklusiven Verbindungsgang bequem im Bademantel erreichbar ist. Die modernen, komfortablen Zimmer sind alle mit Dusche, WC, Föhn, Telefon, Safe, Wireless Lan, Radio und Kabel-TV ausgestattet.

Das Haus Hofgastein ist ab Anfang Juli 2012 wieder ganzjährig geöffnet (ausgenommen 9.12.2012 bis 24.12.2012)

Kategorie A: südwestseitig, ruhige Lage, schöne Aussicht, mit Balkon oder Loggia

Kategorie B: nord- oder ostseitig, teilweise mit Balkon

Buchungen und Infos:

Haus Hofgastein, Rudolf-Bachbauer-Gasse 7, 5630 Bad Hofgastein

Telefon: 06432/83 27

E-Mail: hofgastein@proge.at , Internet: www.proge.at/urlaub

Preise pro Person und Nacht	Kategorie A		Kategorie B	
PRO-GE Mitglieder	Halbpension	Vollpension	Halbpension	Vollpension
Erwachsene	Euro 60,00	Euro 70,00	Euro 57,00	Euro 67,00
Kinder (6–14,9 Jahre)	Euro 23,00	Euro 33,00	Euro 23,00	Euro 33,00
Kinder (15–17,9 Jahre)	Euro 37,00	Euro 47,00	Euro 37,00	Euro 47,00

Im Preis inkludiert: reichhaltiges Frühstücksbuffet, bei HP oder VP Mittags- und/oder Abendbuffet, 1x wöchentlich Themenbuffet, freie Benützung von Sauna und Dampfbad im Haus, Eintritt in die Alpentherme Gastein (Verbindungsgang). Anzahlung für Einzelpersonen im Doppel- oder Mehrbettzimmer sowie Kinder und Jugendliche im eigenen Zimmer Euro 7,00 pro Nacht und Zimmer. Alle Preise (gültig bis 24.12.2012) verstehen sich inklusive Mehrwertsteuer, aber exklusive Kur-/Ortstaxe.

CARTOON:



Preisrätsel



Den Kupon in ein Kuvert stecken, falls nötig, Adresskleber auf der Rückseite korrigieren und mit dem Vermerk „Postgebühr zahlt Empfänger“ bis 27. Jänner 2012 senden an:
PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Waagrecht:

- 1 Schlüssel-Begriff zum Zu-Sagen – dafür kommt in jedem Wirtshaus einmal die Stunde
- 4 Kinderbuchautorin Mira, die ich preise?
- 7 Au-bekannte Stadt findest du an der Ostgrenze und auf S. 10
- 8 Was hier fehlt: ... rutsch, wir fahren mit der Kutsch'
- 9 Weihnachtliche Geschenk-Einheit, schon eingewickelt auf S. 19
- 12 Bekannt für die Nordwand – und auch der *Stundenzeiger!* trägt in sich den –?
- 14 Das studieren Ferienmanager? Aufbewahrung für die Post der Reisenden!
- 15 Nicht weit von ihm fällt sprichwörtlich der Apfel
- 16 Coloriertes Credo: „Von Schwarzweiß-Relikten trennt/ ein jeder sich, der Farb' –?“
- 19 Vereinbarung, wie sie (auch) Kontrahenten abschließen können
- 20 Geschichten vom Trojanischen Krieg – wer sie schrieb, ist eine Homerische Frage
- 21 Was du im Auge hast, lässt an Schwertlilien denken
- 22 Soeben – oder die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten

Senkrecht:

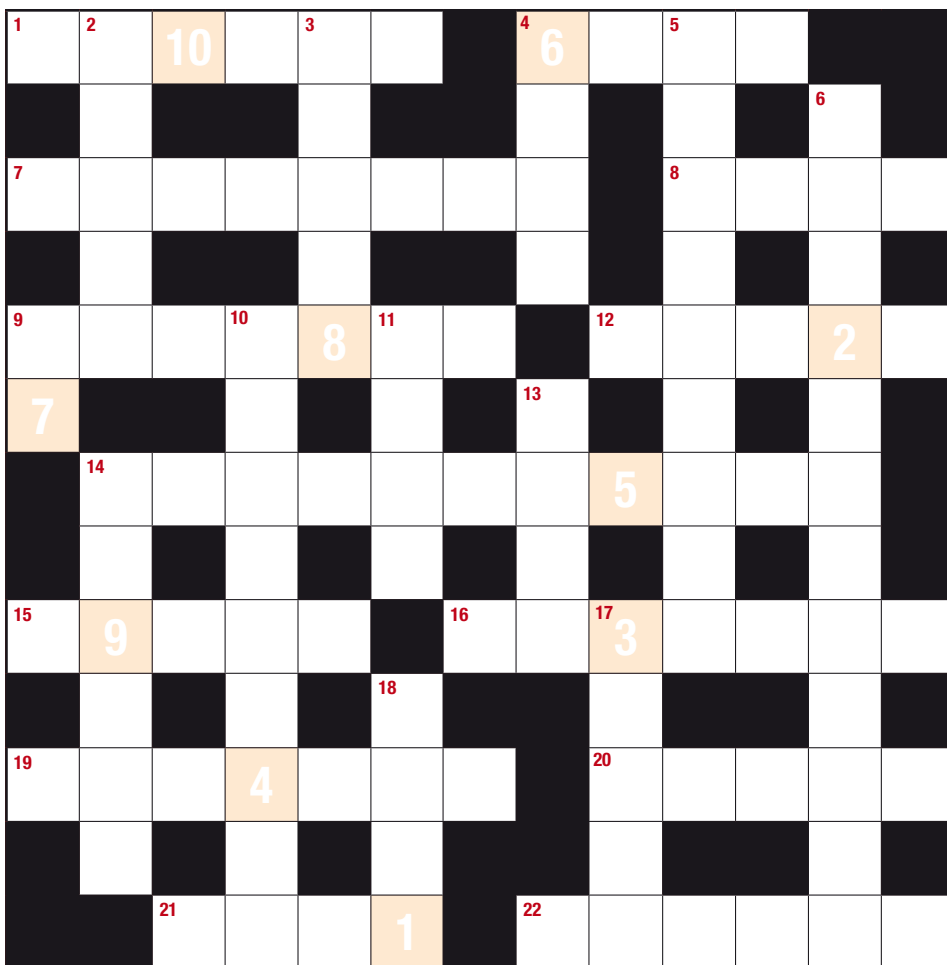
- 2 Wie Tschechinnen ihre Hauptstadt nennen
- 3 An den Meeressäuger kann denken, wer bäuchlings vorankommt
- 4 Das Markenzeichen ist – klar, oder?
- 5 Von Aufständischen provisorisch errichtete 1 waagrecht, lässt sich mit *Krida aber* umbauen (Ez., siehe S. 7)
- 6 Klassisch bekannter Staat, geriet infolge 17 senkrecht als erster in die Schlagzeilen (siehe S. 6)
- 9 Der Fluss in Italien ist mit Sitzfleisch zu erraten
- 10 In anderen Worten, 1.000 m
- 11 Platz da! – Und zwar echt kosmisch wirkender
- 13 Spielerspruch: „Wer die Bank hat, der macht Kasse/ und gewinnt auch ohne –“
- 14 So betrügerisch können Seitenspringer und Korruptionisten handeln
- 17 Wackelige Wirtschaftslage zieht in Euroland immer weiteren *Kreis* (s. S. 7)
- 18 Auf die Ölsaart *spar* ich umgekehrt (schon gesehen auf S. 15)



Zu gewinnen gibt es:

Ein Navigationsgerät der Firma Tecnobike mit 45 Ländern, Tür zu Tür, im Wert von 199,- Euro.

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein musikalisches Trinkgefäß.



Rätsel: Vera Ritarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: FEIERTAGE

W: 1 AKTION 4 GAIL 7 RUEFFEL 8 FRAU 9 UNERNST 12 HALLO 14 ZEITARBEITER 15 MINEN
 16 MEINUNG 19 MESSNER 20 TRARA 21 KNUT 22 GRATIS

S: 2 KARENZZEITEN 3 OFFEN 4 GOLD 5 INFLATION 6 TAGLOEHNEREI 10 REIBEISEN 11 STAR
 13 EBBE 17 INTER 18 WEIT

Die GewinnerInnen aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF! werden in der Ausgabe 1/2012 bekannt gegeben.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund
und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

Das war 2011



Einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Jahr 2012
wünscht das Redaktionsteam